

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19- FondsG

des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten
an den zuständigen Ausschuss des Nationalrates über das Kalenderjahr 2020
(März bis Dezember 2020) sowie Jänner 2021

Wien, 2021

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: März bis Dezember 2020 sowie Jänner 2021

1. UG 12 – Äußeres

Titel	Repatriierung und Unterstützung in Not geratener österreichischer StaatsbürgerInnen	
Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	EUR 26.380.000,-	
Beschreibung der Maßnahmen	Die beantragten Mittel beruhen auf der Annahme, dass global bis zu ca. 35.400 in Not geratene österreichische StaatsbürgerInnen (v.a. TouristInnen) repatriiert werden mussten. Diese umfassten u.a. geschätzte 145 Flüge und Bustransfers sowie weitere Ausgaben zum konsularischen Schutz wie zum Beispiel Darlehen oder Hygienemaßnahmen.	
Materielle Auswirkungen	Wie unter dem Punkt „finanzielle Auswirkungen“ ersichtlich, wurden die Mittel fast gänzlich für Rückholungen österreichischer StaatsbürgerInnen aufgebracht; absolut wurden über 7.500 österreichische StaatsbürgerInnen aus 29 Ländern und fünf Kontinenten mit 39 Flügen und über 30 Bustransfers rückgeführt. Ferner kamen ca. 235 österreichische StaatsbürgerInnen unterschiedliche Unterstützungsleistungen zu Gute.	
Finanzielle Auswirkungen	Sämtliche beausgabten Mittel finden sich aufgeschlüsselt in folgender Tabelle wieder:	
	Transfers	EUR 6.416.259,64
	Unterstützungen und Darlehen an ÖsterreicherInnen im Ausland	EUR 15.447,31
	Werkleistungen durch Dritte (Rechts- und Wirtschaftsprüfung)	EUR 34.917,27
	Summe	EUR 6.466.624,22

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Dietmar Klaus, ADir., Ref. VI.3b

www.bmeia.gv.at

